



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche standen vor allem verteidigungs- und sicherheitspolitische Themen und Veranstaltungen im Fokus. Der Bundeswehrkongress der CDU/CSU Fraktion betonte die Notwendigkeit einer breiten Diskussion über die Zukunft der Streitkräfte angesichts von Herausforderungen wie Materialmangel und Personalknappheit. Die halbherzige Umsetzung der Zeitenwende zeigt politischen Mangel an Willen für echte Veränderung. In der Arbeitnehmergruppe des Bundestags sprach ich zusammen mit meinem Kollegen Roderich Kiesewetter über Soldatenbesoldung, den Veteranentag und die aktuelle Lage in der Bundeswehr. Die Einführung eines Veteranentags macht zwar endlich Fortschritte, während die mangelnde Sensibilität der Regierungskoalition ggü. unseren Soldatinnen und Soldaten sowie dringend notwendiger Verbesserungen scharf kritisiert wurde. Die Abschlussveranstaltung des Mali-Einsatzes ehrte die 26.000 deutschen Soldaten, die in Mali gedient haben.

Aber auch viele weitere wichtige Themen haben wir diskutiert und legen bei allem weiter den Finger in die Wunde, denn das Ampelchaos dauert an. Und es beschleicht einen das Gefühl, dass es wohl bis zu den Wahlen nicht viel besser wird. Der Rückhalt in der Bevölkerung schrumpft weiter. Das kann sich eine Demokratie wie die unsere nicht leisten. Mit einem Blick nach Thüringen und Sachsen ist es umso wichtiger, solide, verlässliche und vor allem transparente Politik zu machen. Daher freue ich mich sehr, wenn im Mai das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands verabschiedet wird.

Mit herzlichen Grüßen

Kerstin Vieregge



VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK

BUNDESWEHRKONGRESS DER UNIONS-FRAKTION

Der Bundeswehrkongress der CDU/CSU Fraktion hat eindrucksvoll gezeigt: eine breit angelegte, gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unserer Streitkräfte ist lange überfällig. Mit einem voll besetzten Saal und einem beeindruckenden Maß an Engagement hat das Event gezeigt, wie groß das Interesse und der Bedarf an einer tiefgehenden Debatte wirklich sind. Die Herausforderungen der Bundeswehr sind mannigfaltig: zu wenig Material, zu wenig Personal & zu wenig Geld. Und die halbherzige Umsetzung der Zeitenwende zeigt auch, dass der notwendige politische Wille bei der Ampel für eine wahrhafte Zeitenwende auch nicht gegeben ist. In Zeiten, in denen die sicherheitspolitische Lage Europas fragiler denn je erscheint, muss die Verteidigungspolitik neu gedacht werden. Eine resiliente Gesellschaft und ein sicherer Staat setzen voraus, dass wir in die Kriegstüchtigkeit unserer Truppe investieren. Die Devise lautet: Wir müssen kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.

Wir wissen aus der Geschichte: Abschreckung wirkt! Die Stärke unseres NATO-Bündnisses hat uns Frieden und Freiheit gebracht – diese Stärke müssen wir erneut ausbauen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss die Bundeswehr in allen Bereichen – von Material bis Personal – voll ausgestattet sein. Angesichts der Personalknappheit müssen wir über neue Konzepte wie die Wiedereinführung der Wehrpflicht nachdenken, wobei uns das schwedische Modell Orientierung bieten kann. Aber auch der Zivilschutz und die Resilienz unserer Gesundheitssysteme müssen mitbedacht werden. Wichtig ist: Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Wir brauchen eine Zeitenwende, die diesen Namen auch verdient. Den Worten müssen auch Taten folgen.

VORTRAG IN DER ARBEITNEHMERGRUPPE

Gemeinsam mit meinem Kollegen Roderich Kiesewetter habe ich bei der aktuellen

Sitzung der Arbeitnehmergruppe im Bundestag zu den Themen Soldatenbesoldung, den Veteranentag und der aktuellen Lage sprechen können. Gerade der Themenkomplex Soldatenbesoldung ist ein Dickicht. Besonders im Bereich der Zulagen und Zusatzleistungen gibt es eine Vielzahl von Details zu beachten, die für die Soldatinnen und Soldaten oft undurchsichtig sind. Es braucht schlankere Lösungen und eine verbesserte Prämienregelung, die derzeit im Vergleich zur freien Wirtschaft nicht angemessen ist. Schließlich ist geplant, die Bundeswehr bis 2031 von 181.000 auf 203.000 Männer und Frauen zu erweitern. Die Einführung eines Veteranentags wird bereits seit 2010 diskutiert. Basierend auf einem Antrag der Ampel-Parteien und der Union gewinnt das Thema jetzt endlich an Fahrt: Zwar gibt es immer noch unterschiedliche Auffassungen darüber, wer als Veteran gilt, jedoch besteht Einigkeit hinsichtlich des 15. Juni als Datum. Es soll ein warmer Tag sein und als gesellschaftliches Familienfest dienen, an dem die Verdienste der Veteranen gewürdigt werden.

Den Worten meines Kollegen und ehemaligen Oberst Kiese Wetter kann ich mich des Weiteren nur anschließen, dass die Ampelkoalition angesichts der aktuellen militärischen Lage und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu wenig Sensibilität zeigt. "Eine Zeitenwende erfordert finanzielle Mittel - sowohl für Material als auch für Personal. Zudem bedarf es einer Gesellschaft, die dazu bereit ist".

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG DES MALI-EINSATZES

In den vergangenen 10 Jahren haben insgesamt 26.000 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der Einsätze EUTM Mali und MINUSMA gedient. Im Dezember 2023 kehrten die letzten deutschen Blauhelme sicher auf heimischen Boden zurück, und damit fand der Einsatz in Mali sein Ende.

Diese Woche fand eine besondere Würdigung aller Kontingente statt, beginnend mit einer Kranzniederlegung am Ehrenmal der Bundeswehr, gefolgt von einem Abschlussappell und einer Serenade. Wir möchten allen Soldaten danken, die ihren Dienst in Mali geleistet haben, und unsere Gedanken sind bei denen, die ihr Leben in diesem Einsatz verloren haben.



ÄNDERUNGEN BEI EHENAMENS- UND GEBURTSNAMENSRECHTS

Das geltende Namensrecht in der Bundesrepublik Deutschland ist – gerade im internationalen Vergleich – sehr restriktiv und wird aufgrund der vielfältigen Lebenswirklichkeit der Gegenwart den Bedürfnissen von Familien nicht mehr gerecht. Der nun abschließend zu beratende Entwurf der Bundesregierung – den wir im Grundsatz befürworten – sieht u.a. Folgendes vor: Die namensrechtlichen Möglichkeiten bei der Geburtsnamens- und Ehenamensbestimmung werden durch die Möglichkeit der Bildung von Doppelnamen für Kinder und Ehegatten erweitert. Die namensrechtlichen Traditionen der in Deutschland anerkannten nationalen

Minderheiten und im Hinblick auf geschlechtsangepasste Formen des Familiennamens auch von Personen mit Migrationshintergrund werden berücksichtigt. Der Zwang zur Namensänderung nach einer Erwachsenenadoption wird aufgehoben. Insbesondere die Einführung von echten Doppelnamen für beide Ehepartner entspricht den Erwartungen der Menschen an das Namensrecht. Kritisch zu sehen ist hingegen die Aufhebung des Zwangs zur Namensänderung bei Erwachsenenadoptionen, da dies eine „Rosinenpickerei“ bei diesem Rechtsinstitut begünstigt.

[Mehr dazu...](#)



SELBSTBESTIMMUNG IN BEZUG AUF DEN GESCHLECHTSEINTRAG

Mit diesem Gesetzentwurf – den wir in dieser Woche abschließend beraten haben – will die Ampel-Koalition das Transsexuellengesetz in Deutschland ersetzen. Nach dem Gesetzentwurf soll transsexuellen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen ermöglicht werden, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidungen zu ändern. Die Änderungen sollen beim Standesamt mit einer „Erklärung mit Eigenversicherung“ möglich sein. Laut Gesetzentwurf kann nach einem Jahr erneut eine Erklärung zur Änderung des Geschlechtsantrages und des Vornamens abgegeben werden. Für Minderjährige sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. Kinder bis 14 Jahre sollen durch bloße Erklärung ihrer Eltern den Geschlechtseintrag ändern können. Jugendliche ab 14 Jahren sollen eine Änderung selbst erklären können. Die Erklärung bedarf der Zustimmung der Sorgeberechtigten. Stimmen die Eltern als gesetzliche Vertreter nicht zu, so ersetzt das Familiengericht die Zustimmung, wenn die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen dem Kindeswohl nicht widerspricht. Können sich die Eltern nicht einigen, kann das Familiengericht auf Antrag eines Elternteils diesem die alleinige Entscheidung übertragen. Maßstab ist das Kindeswohl. Das Gesetz verbietet mit dem Offenbarungsverbot zudem die

Offenlegung früherer Geschlechtseinträge oder Namen gegen den Willen der betroffenen Menschen. Mit dem Gesetzentwurf wird für den Zugang zu Einrichtungen und Räumen sowie zur Teilnahme an Veranstaltungen auf die Vertragsfreiheit und das Hausrecht des jeweiligen Eigentümers oder Besitzers sowie das Recht juristischer Personen, ihre Angelegenheiten durch Satzung zu regeln, verwiesen. Das Gesetz trifft keine Bestimmungen in Bezug auf medizinische Maßnahmen zur Angleichung der Geschlechtsmerkmale. Hier gelten weiterhin die einschlägigen medizinischen Regelungen und Leitlinien

[Mehr dazu...](#)



BEZAHLKARTENGESETZ & DATENÜBERMITTLUNGSVORSCHRIFTEN IM AUSLÄNDER- UND SOZIALRECHT

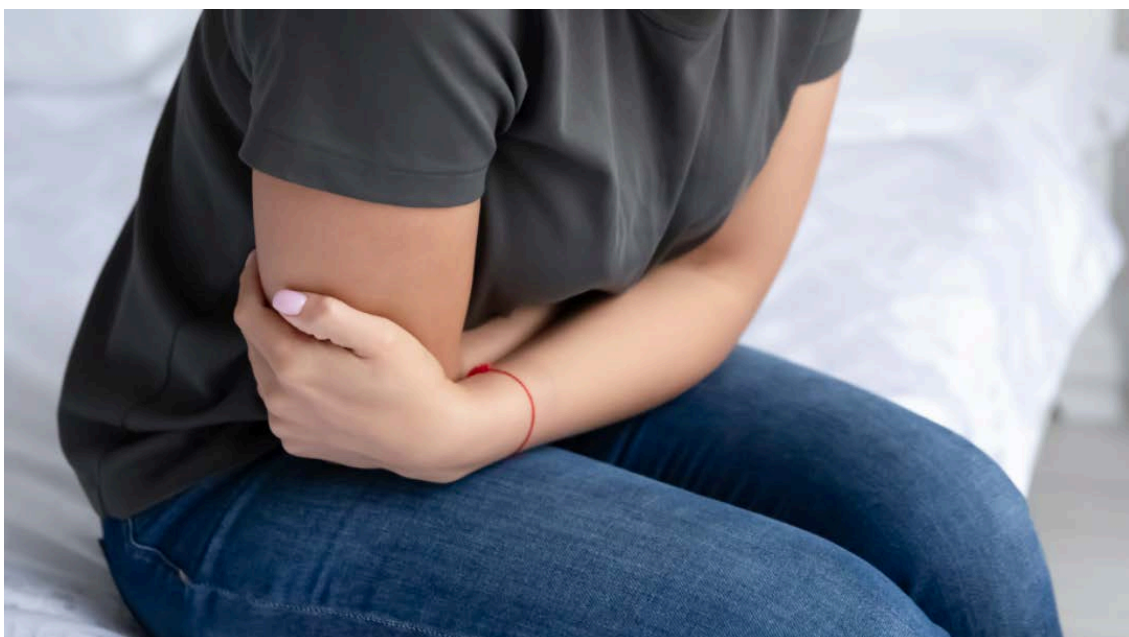
In abschließender zweiter und dritter Lesung berieten wir unseren Entwurf für ein Gesetz zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (Bezahlkartengesetz). Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen. Gleichzeitig wird auch der Entwurf der Ampel-Koalition für Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht in abschließender Beratung behandelt. Mit einer Ergänzung dieses Gesetzentwurfs will die Koalition endlich auch eigene Regeln zur Umsetzung der Bezahlkarte für Bezieher von Asylbewerberleistungen einführen.



PRAKTISCHES JAHR IM MEDIZINSTUDIUM GERECHT UND EFFIZIENT AUSGESTALTEN

Medizinstudierende im Praktischen Jahr (PJ) spielen eine wesentliche Rolle in der klinischen Patientenversorgung, arbeiten jedoch oft unbezahlt oder unterbezahlt. Viele müssen Nebenjobs annehmen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Vergütung variiert stark zwischen den Kliniken und beeinflusst die Standortwahl der Studierenden. Die derzeitige Fehlzeitenregelung im PJ ist unzureichend und birgt Gesundheitsrisiken. Der Bundestag fordert daher eine einheitliche Aufwandsentschädigung, effektive Krankmeldungen, angemessene Lehr- und Lernzeiten sowie einen Mindestabstand zwischen PJ und dem dritten Staatsexamen. Es wird auch vorgeschlagen, Medizinstudierenden mit Berufsausbildung den Zugang zu Studienkrediten während des PJ zu ermöglichen.

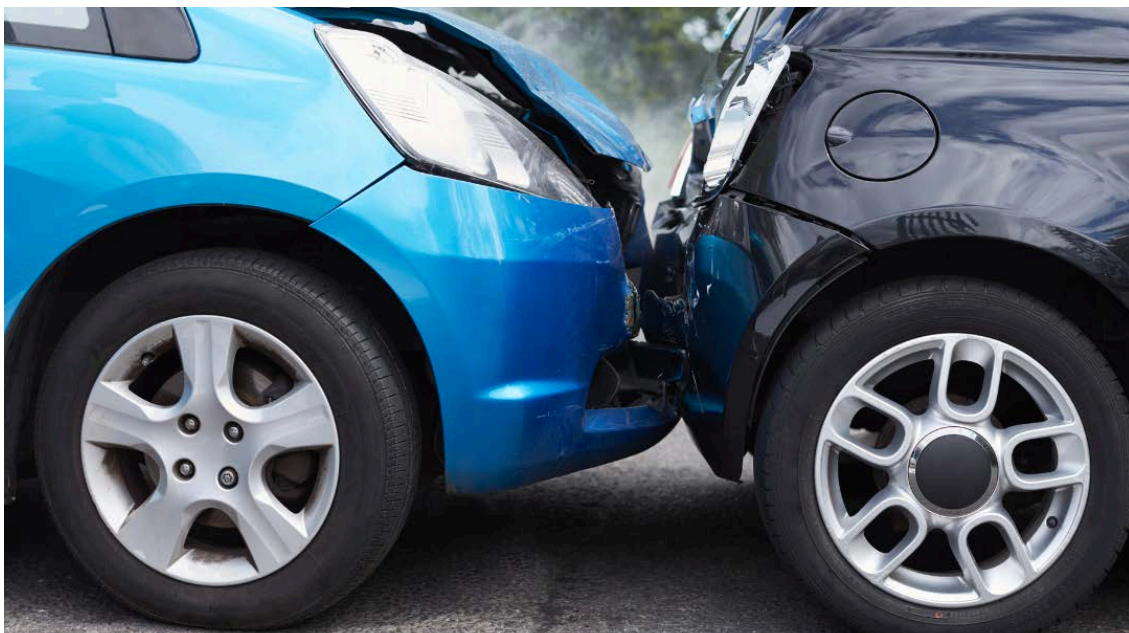
[Mehr dazu...](#)



ÄNDERUNG DES SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTGESETZES

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes – das wir in dieser Woche erstmals beraten haben – soll laut der Bundesregierung der Zugang zu Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche durch die Einführung einer Bannmeile von 100 Metern um diese Einrichtungen erleichtert werden. Dazu sollen in diesen Zonen bestimmte Handlungen als Ordnungswidrigkeit untersagt werden. Dazu zählen unter anderem das absichtliche Erschweren des Betretens, das ungebetene Aufdrängen der eigenen Meinung, Einschüchterungen oder die Übermittlung verwirrender bzw. beunruhigender Inhalte. Zusätzlich ist eine erweiterte Bundesstatistik zu Schwangerschaftsabbrüchen geplant. Wir stehen dem Entwurf kritisch gegenüber. Der Gesetzentwurf bewegt sich in einem engen Spannungsverhältnis zwischen den Persönlichkeitsrechten der Schwangeren und der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Er sieht an einigen Stellen sehr weitreichende Einschränkungen vor. Wir zweifeln an der Verhältnismäßigkeit und der Notwendigkeit der von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen. Aus unserer Sicht würde deshalb vielmehr eine Fortführung des bestehenden, gesellschaftlich akzeptierten Kompromisses zum Recht des Schwangerschaftsabbruchs zielführender sein.

[Mehr dazu...](#)



CANNABISLEGALISIERUNG vs. VERKEHRSSICHERHEIT

Der von Verkehrsminister Wissing vorgelegte Vorschlag zum Cannabis-Grenzwert von 3,5 Nanogramm je Milliliter Blutserum im Straßenverkehr bedeutet eine Verdreifachung der bisherigen Werte. Dass sich die Verkehrssicherheit für jedermann damit nachhaltig verschlechtern wird, bestreitet niemand. Wie und mit welchen Studien sich das Ergebnis der sogenannten Expertenkommission begründet, weiß keiner. Hier wird einfach etwas

rücksichtslos ohne Sinn und Verstand durchgesetzt. Inzwischen wird deutlich, die Cannabislegalisierung zugunsten einer kleinen Gruppe ist der Ampel wichtiger als Verkehrssicherheit und Menschenleben. Wenn es um andere Bereiche geht, wie zum Beispiel beim Tempolimit, kann es nicht weitgehend genug gehen. Bei Cannabis spielen der Schutz und die Sicherheit dagegen keine Rolle. Diese Doppelmoral ist keinem zu erklären.

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



TRANSPORTBRANCHE STARK UNTER DRUCK

Die von der Ampel nahezu verdoppelte LKW-Maut hat dramatische Auswirkungen für die Transportbranche. Was die Bundesregierung als „zielgerichtetes regulatorisches Umfeld“ bezeichnet, bedeutet die Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Logistikunternehmen, führt zu Kostensteigerungen für die Verbraucher und belastet die Wirtschaft mit 7,6 Milliarden Euro

Die von der Ampel beabsichtigte Steuerungsfunktion des Verkehrs in Richtung Klimawende kann so auch aus Sicht der Experten bei der Spedition Bobe in Bad Salzuflen nicht funktionieren. Denn erstens sind gerade mal 68.312 oder 1,7% der insgesamt 3,94 Millionen in Deutschland zugelassenen Nutzfahrzeuge batterieelektrisch angetrieben (vgl. Bundestagsdrucksache DS20/9976) – der Umbau der Flotten würde Jahre dauern. Und zweitens ist auch eine leistungsfähige Infrastruktur noch lange nicht in Sicht.

Stattdessen kämpfen die Transportunternehmen jetzt nicht nur gegen extremen Preisdruck, schwindende Margen und starke ausländische Konkurrenz, sondern zusätzlich um ihre Liquidität, denn sie müssen für die hohen Mautkosten in Vorleistung gehen, selbst wenn sie diese an Kunden weiterreichen könnten.

Die Klimawende im Verkehrssektor ist ein wichtiges Ziel, aber sie lässt sich nicht durch Verordnung einer Maut zu Lasten der Speditionen „herbeiregulieren“. Einmal

mehr macht die Ampel den zweiten Schritt vor dem ersten. Einmal mehr geschieht dies auf dem Rücken vom Mittelstand in Deutschland.



WELCHER ANTRIEB SETZT SICH BEI PKWs DURCH? EIN GESPRÄCH BEI B&K

Der Markt für E-Autos läuft im Rückwärtsgang. Der abrupte Stopp der Förderung hat die Nachfrage einbrechen lassen – mit Wirkung auch auf den Gebrauchtwagenmarkt, der unter einem dramatischen Preisverfall leidet. Das bestätigt Kiko Pfau, Leiter der B&K-Filiale Detmold. Die Verbraucher sind nach wie vor nicht von der E-Technik überzeugt. Drei Viertel des Absatzes läuft daher weiter über Autos mit konventionellem Antrieb. Mit unserem Antrag im Bundestag für klimaneutrale Verbrennungsmotoren tragen wir dem Rechnung. Wir wollen den sauberen Verbrennern eine Zukunftsperspektive verschaffen. Dafür braucht es Technologieoffenheit. Die einseitige, rein ideologische Ausrichtung der Ampel auf Batterieautos ist inzwischen aus der Zeit gefallen und hat keine Zukunft. Mit der Entscheidung für klimaneutrale Verbrenner können wir eine der wichtigsten industriepolitischen Weichenstellungen unserer Zeit vornehmen. Wir wünschen uns dafür ein einstimmiges Votum des Bundestags.



ZU GAST BEI DER LEBENSHILFE IN DETMOLD

Die Werkstatträte im Kreis Lippe machen sich Sorgen um die Zukunft der in den Behindertenwerkstätten arbeitenden Menschen. Der Grund: die Ampel will das System neu ausrichten und den Wechsel Beschäftigter in den ersten Arbeitsmarkt forcieren. Doch wer sich mal umsieht und umhört in den Werkstätten, merkt schnell, dass damit gut funktionierende Strukturen zerschlagen und vor allem Wahl- und Wunschrecht der Betroffenen missachtet würden. Davor haben die Menschen Angst. Viele von ihnen fühlen sich dem Druck des ersten Arbeitsmarktes nicht gewachsen. So haben es mir auch die Beschäftigten der Werkstatt der Lebenshilfe in Detmold berichtet. Ihr Wunsch ist es, für die Arbeit, die sie leisten, eine angemessene Entlohnung zu erhalten. Dafür machen sich die Werkstatträte in Lippe und auch bundesweit stark. Leider spielt dieser Aspekt in den Ampel-Vorschlägen keine Rolle, obwohl gerade zu diesem Thema eigens eine Studie beauftragt wurde. Es ist Zeit, endlich die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen statt mit Gewalt das auseinanderzuschlagen, was gut läuft.



SEHEN WIR UNS AM SAMSTAG IN LAGE?

Der Bundestag kommt nach Lippe – mit seinem Infomobil macht er Station in Lage auf dem Marktplatz. Von Donnerstag, 11. April, bis Samstag, 13. April, bietet das Infomobil-Team allen Interessierten die Chance, sich über Arbeit, Aufgaben und Alltag des Parlaments zu informieren. Mit attraktiven Angeboten wird hier Demokratie erfahrbar. Auch Schulklassen sind herzlich eingeladen, dies zu nutzen. Als Mitglied des Bundestags habe ich von Montag bis Freitag Anwesenheitspflicht in Berlin, werde aber am Samstag in Lage sein und dort euren Anliegen zuhören, Kritik und Lob aufnehmen und eure Themen mit euch diskutieren. **Von 9:30 Uhr bis 10 Uhr findet ihr mich am Infomobil auf dem Marktplatz in Lage. Danach bin ich von 10 bis 11 Uhr im CDU-Büro in Lage, Lange Straße 92, und lade dort zum Gespräch ein. Ich freue mich darauf, euch zu sehen.**

Hier die genauen Öffnungszeiten des Infomobils: Donnerstag, 11. April von 11 bis 18 Uhr, Freitag, 12. April von 9 bis 18 Uhr, Samstag, 13. April von 9 bis 14 Uhr.



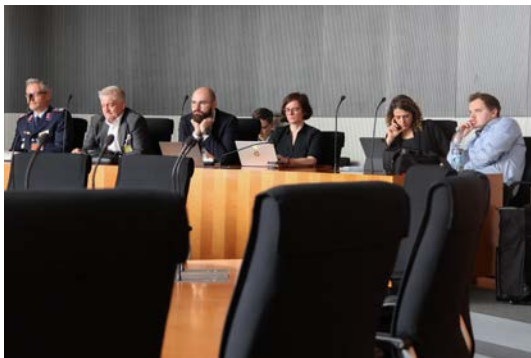
Die gute Nachricht des Tages:

500.000 Euro
für Kalletals
Hochwasserschutz

FÖRDERMITTEL FÜR KALLETALS HOCHWASSERSCHUTZ

In einem gemeinsam von der Gemeinde, der TH OWL und dem Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge initiierten Projekt sollen durch die Anlage von Hecken und Säumen der natürliche Wasserrückhalt gestärkt und so Menschen und Landschaft geschützt werden. Heute hat auch der Haushaltsausschuss des Bundestages diese für gut befunden und fördert das Projekt mit 500.000 Euro. Ein großer Erfolg für alle Beteiligten!
Herzlichen Glückwunsch!

EIN PAAR EINDRÜCKE...



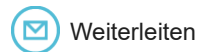


Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Copyright © 2024 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?
Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

